

Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder

von

Prof. Dr. Dr. h.c. (TU Tiflis) Johannes Semler, Dr. Martin Peltzer, Dr. Dietmar Kubis, Prof. Dr. Michael Arnold, Dr. Hans-Joachim Fonk, Dr. Welf Müller, Dr. Wolfgang Richter, Dr. Heinrich Rodewig, Dr. Vera Rothenburg, Bernhard Steffan, Prof. Dr. Jürgen Taschke, Prof. Dr. Ulrich Tödtnann, Dr. Marc Winstel, Daniel Zapf, Manuel Gaß

2. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2015

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4526 8

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Johannes Semler/Martin Peltzer/Dietmar Kubis (Hrsg.)
Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder

beck-shop.de

beck-shop.de

Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder

herausgegeben von

Dr. Dietmar Kubis

Rechtsanwalt, Jena

begründet von

Professor Dr. Dr. h. c. Johannes Semler

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Dr. Martin Peltzer

Rechtsanwalt, Notar a. D., Frankfurt am Main

2. Auflage

Verlag C. H. BECK/Verlag Franz Vahlen
München 2015

beck-shop.de

Zitiervorschlag:

Bearbeiter in Semler/Peltzer/Kubis Vorstand HdB § ... Rn. ...

www.beck.de
www.vahlen.de

ISBN 3 978 38006 4526 8

© 2015 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: fgb · freiburger graphische betriebe GmbH
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Die Bearbeiter

Dr. Michael Arnold
Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Hans-Joachim Fonk
Rechtsanwalt, Tutzing

Dr. Dietmar Kubis
Rechtsanwalt, Jena

Dr. Welf Müller
Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Frankfurt am Main

Dr. Wolfgang Richter
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Dr. Heinrich Rodewig
Rechtsanwalt, München

Dr. Vera Rothenburg
Rechtsanwältin, Stuttgart

Bernhard Steffan
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Stuttgart

Professor Dr. Jürgen Taschke
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Honorarprofessor an der Universität Frankfurt am Main

Professor Dr. Ulrich Tödtmann
Rechtsanwalt, Bonn
Honorarprofessor an der Universität Mannheim

Dr. Marc Winstel
Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Daniel Zapf
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

beck-shop.de

Vorwort zur 2. Auflage

Als die beiden Begründer dieses Handbuch vor nunmehr über zehn Jahre erstmals herausgaben, war die Krise des Neuen Marktes gerade überstanden und die Bankenkrise noch nicht sichtbar. Gute Unternehmensführung wurde überwiegend über kurzfristige Erfolgsmeldungen definiert; langfristige Zielsetzungen waren anlegerseitig dagegen eher selten nachgefragt. Die persönlichen Profile zahlreicher Vorstandsmitglieder entsprachen diesem Zeitgeist.

Zwischenzeitlich hat der Gesetzgeber mehrere aktienrechtliche Maßnahmenpakete in Kraft gesetzt, die unter den Bezeichnungen UMAG (2005), VorstOG (2005) und VorstAG (2009) den rechtlichen Rahmen der Vorstandsarbeit merklich beeinflusst haben. Parallel hierzu wurden – für alle Organe der Aktiengesellschaft – unter dem wenig scharfen Sammelbegriff „Compliance“ immer neue Anforderungen an eine korrekte Unternehmensführung entwickelt. Speziell für den Vorstand hat der Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK) Verhaltensregeln unter eben dieser Bezeichnung reflektiert. Leider besteht hier eine zunehmende Tendenz, die Auswüchse unkontrollierter Unternehmensführung gegen eine sinnlose Überregulierung der Vorstandsarbeit auszutauschen.

Das vorliegende Handbuch soll unabhängig von kurzlebigen Tendenzen Rechte und Pflichten der Vorstandsarbeit auf der Basis eines höchstmöglichen ethischen Konsenses darstellen. Wiederum wurde von einer wissenschaftlichen Vertiefung der einzelnen Themen bewusst Abstand genommen. Präferierte Zielgruppe des Handbuchs sind somit (aktuelle und potentielle) Vorstandsmitglieder und erst in zweiter Linie deren rechtlichen Berater. Das Handbuch stellt somit einen Mittelweg zwischen vertiefenden Kommentierungen einerseits und – bisweilen trügerischen – Kurzinformationen aus dem Internet andererseits dar.

Wie schon in der ersten Ausgabe, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der wissenschaftlichen Verantwortung der jeweiligen Autoren. Die hiermit verbundenen Überschneidungen und gelegentlich auch voneinander abweichenden Bewertungen werden bewusst in Kauf genommen.

Für Anregungen und Hinweise unserer Leser sind Autoren, Herausgeber und Verlag dankbar.

Jena, im Januar 2015

Dr. Dietmar Kubis

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Die Aktiengesellschaft ist das, was man in der Fachsprache eine „juristische Person“ nennt. Eine juristische Person kann nicht selbst handeln, denn sie ist ein juristisches Kunstprodukt, wie immer man sie im Einzelnen theoretisch definieren mag. Um handeln zu können, bedarf sie vielmehr Menschen aus Fleisch und Blut. Diese Personen müssen strukturiert und planmäßig handeln. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wäre undenkbar, bei der der Rechtsverkehr nicht darauf vertrauen könnte, dass die Zuordnung von bestimmten Funktionen zu bestimmten Funktionsträgern immer gleich ist. Dieser Gedanke ist bei der Aktiengesellschaft besonders ausgeprägt, denn das Aktiengesetz erlaubt sehr wenig Abweichungen von den Rechten, den Pflichten und der Verantwortung, die es den einzelnen Funktionsträgern zuweist. Diese Funktionsträger heißen in der Fachsprache „Organe“.

Die Aktiengesellschaft hat drei Organe, die in einem wohlgedachten und bewährten Gleichgewichtsverhältnis zueinander stehen. Es sind dies die Hauptversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand. Eine hierarchische Struktur im engeren Sinne besteht hierbei nicht. Von Ausnahmen abgesehen, kann kein Organ einem anderen direkte Weisungen erteilen.

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand und in Ausnahmefällen durch den Aufsichtsrat oder durch eine Minderheit von mindestens 5% des Grundkapitals einberufen. Im Regelfall tritt sie nur einmal jährlich nach Abschluss des Geschäftsjahres zusammen. Bei dieser so genannten ordentlichen Hauptversammlung beschließt sie regelmäßig über die Gewinnverwendung, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und die Bestellung des Abschlussprüfers. Stehen Neuwahlen zum Aufsichtsrat an, wählt sie die Anteilseignervertreter. Mit Geschäftsführungsfragen wird sie nur befasst, wenn der Vorstand dies verlangt. Bei besonders einschneidenden Strukturveränderungen muss der Vorstand nach zwei Entscheidungen des BGH („Holzmüller“ und „Gelatine“) die Hauptversammlung befragen, auch wenn dies nicht im Gesetz vorgesehen ist. Struktur und Kapitalmarktmaßnahmen können, wenn dies zeitlich passt, von der ordentlichen Hauptversammlung mit erledigt werden; anderenfalls ist eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen.

Dem Aufsichtsrat hat der Gesetzgeber die Aufgabe zugeordnet, den Vorstand zu bestellen, diese von Gesetzes wegen zeitlich begrenzten Bestellungen ggf. zu erneuern und bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ein Vorstandsmitglied auch abzurufen. Daneben hat der Aufsichtsrat den Vorstand zu beraten und kritisch zu begleiten. In dieser beratenden und kritischen Begleitung besteht im Wesentlichen „die Aufsicht“, die diesem Organ seinen Namen gab. Es ist deswegen aber kein Neben- oder Übervorstand, sondern bei dieser Beratung, die allerdings die Einbeziehung des Aufsichtsrats in die Unternehmensplanung umschließt, muss es sein Bewenden haben. Allerdings kann der Aufsichtsrat mit Hilfe eines (inzwischen obligatorisch zu erstellenden) Zustimmungskatalogs oder „ad hoc“ seine Zustimmung zur Umsetzung von Vorstandsentscheidungen verweigern und damit erheblichen Einfluss nehmen. Von Maßnahmen der Geschäftsführung ist der Aufsichtsrat ausdrücklich ausgeschlossen. Die verantwortungsvollste und schwierigste Aufgabe des Aufsichtsrats ist zweifellos die Besetzung des Vorstands. Ist diese misslungen, nützt auch die sorgfältigste Aufsicht und Beratung wenig.

Die Funktion, die der Gesetzgeber dem Aufsichtsrat zugeordnet hat, wird durch die Mitbestimmung, insbesondere die paritätische Mitbestimmung, sehr erschwert. Aktiengesetz und Mitbestimmungsgesetz sind jeweils Kinder ihrer Zeit und schlecht aufeinander abgestimmt. Dies führt zu erheblichen Verlusten an Effizienz und zu höchst unerwünschten

Vorwort

Nebenwirkungen. Der Aufsichtsrat ist vom Gesetzgeber als einheitliches Gremium konzipiert, besteht aber nach dem Mitbestimmungsgesetz aus zwei disparaten Hälften, den Anteilseignern und den Arbeitnehmern bzw. Arbeitnehmervertretern, von denen, je nach Größe des Aufsichtsrats, zwei oder drei von Seiten der Gewerkschaft kommen. Es liegt auf der Hand, dass die Kontrolle des Vorstandshandelns durch Mitarbeiter des Unternehmens problematisch ist, ebenso wie es auf der Hand liegt, dass ein geschickter Vorstand versuchen wird, die in den Aufsichtsrat gewählten Arbeitnehmervertreter auf seine Seite zu ziehen, sie zu „vereinnahmen“. Hierdurch können insbesondere Personalmaßnahmen auf Vorstandsebene sehr erschwert werden.

Die gesetzliche Geschäftsführungsprärogative allein zeigt die Bedeutung des Vorstands, dem Gegenstand dieses Buches. Er leitet die Gesellschaft, führt die Geschäfte und bestimmt die Richtung, die das Unternehmen einschlägt. Von seiner Integrität, Weitsicht, Tüchtigkeit und Charakterstärke und vor allem von seinem Gespür für geschäftliche Chancen und deren Wahrnehmung hängt das Schicksal des Unternehmens in sehr erheblichem Maße ab. Die Zusammensetzung des Vorstands sollte eine gute Mischung aus verschiedenen Temperamenten, Talenten und Erfahrungshintergründen sein. Entscheidend ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. „Grabenkämpfe“ können zu völliger Selbstbeschäftigung und damit Lahmlegung des Vorstands führen. Dies wiederum strahlt ins Unternehmen und stört Abläufe und Aktivitäten in den betroffenen Bereichen. Der Wert des Unternehmens wird geschädigt. (...)

Vorstandsarbeit ist nur beschränkt theoretisch erlernbar. Man kann ein Standardwerk der Chirurgie auswendig gelernt haben und ist damit noch kein guter Chirurg. Ebenso wenig gibt es ein Werk über Chirurgie, das von Theoretikern und nicht von praktisch tätigen Chirurgen verfasst worden wäre. Vorstandsarbeit und Chirurgie haben gemeinsam, dass die praktische Erfahrung unentbehrlich ist. Die Herausgeber und Autoren des vorliegenden Handbuchs haben sich bemüht, den Mitgliedern von Vorständen und Personen, die das werden wollen, ein Handbuch zur Verfügung zu stellen, das den Anforderungen der pflichtgemäßen Wahrnehmung eines Vorstandsmandats Rechnung trägt. Die Autoren haben auf Basis ihrer überwiegend langjährigen Erfahrungen in Vorstandspositionen die Darstellung der Vorstandspflichten möglichst praxisnah gestaltet.

Herausgeber und Autoren wollen mit diesem Werk Vorstandsmitgliedern und Führungskräften, die ein Vorstandsmandat anstreben, die Möglichkeit zum Erwerb der einschlägigen Kenntnisse geben. Aber auch Personen, die in der Rechtspraxis tätig sind – wie Justitiaren, Wirtschaftsanwälten und anderen Angehörigen der beratenden Berufe – wird dieses Werk helfen, sich mit dem Aufgabengebiet eines Vorstandsmitglieds näher vertraut zu machen. Richtern und Verwaltungsbeamten bringt das vorliegende Buch einen breiten Einblick in die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft.

Frankfurt am Main, im Dezember 2004

Prof. Dr. Dr. h. c. Johannes Semler
Dr. Martin Peltzer

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLVIII
§ 1 Kompetenzen des Vorstands und der Vorstandsmitglieder (<i>Kubis</i>)	1
§ 2 Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern (<i>Kubis</i>)	85
§ 3 Das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds (<i>Kubis</i>)	115
§ 4 Leitung als Vorstandsaufgabe (<i>Richter</i>)	143
§ 5 Geschäftsführung/Geschäftsverteilung (<i>Richter</i>)	163
§ 6 Vertretung der Gesellschaft (<i>Richter</i>)	189
§ 7 Organpflichten (<i>Arnold/Rothenburg</i>)	209
§ 8 Personal- und Sozialwesen (<i>Tödtmann/Winstel</i>)	245
§ 9 AG in der Krise und Insolvenz (<i>Steffan</i>)	317
§ 10 Rechenschaftslegung (<i>Müller</i>)	359
§ 11 Haftung der Vorstandsmitglieder (<i>Arnold/Rothenburg</i>)	429
§ 12 Strafrechtliche Haftung von Vorstandsmitgliedern (<i>Taschke/Zapf</i>)	465
§ 13 Compliance als Vorstandsaufgabe (<i>Tödtmann/Winstel</i>)	523
§ 14 Verbundene Unternehmen (<i>Fonk</i>)	561
§ 15 Geschäftsführung in der SE (<i>Rodewig</i>)	629
Autorenverzeichnis	661
Sachverzeichnis	665

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1 Die Kompetenzen des Vorstands und der Vorstandsmitglieder	
A. Allgemeines	4
I. Grundsätze des deutschen Gesellschaftsrechts	4
II. Einfluss des europäischen Rechts	5
1. Verordnungen	5
2. Richtlinien	5
3. Europäische AG	5
B. Die materielle Unternehmensverfassung der AG	6
I. Rechtsgrundlagen	6
1. Gesetzliche Regelungen	6
2. Regelungen der Satzung	6
3. Regelungen einer Geschäftsordnung	7
a) Allgemeine Regelungen	7
b) Regelungen der Geschäftsverteilung	8
4. Der Deutsche Corporate Governance Kodex	8
a) Bedeutung des Kodex	9
b) Inhalt	9
c) Ziel	9
d) Die Entsprechenserklärung	9
II. Die Organe der Aktiengesellschaft	11
1. Überblick	11
2. Die Hauptversammlung	12
3. Der Aufsichtsrat	14
4. Der Vorstand	14
5. Der Abschlussprüfer	15
6. Weitere Organe und sonstige Gremien	17
a) Keine weiteren Gremien mit organschaftlichen Befugnissen	17
b) Sonstige Gremien	18
7. Das Verhältnis des Vorstands zu anderen Organen	18
a) Zur Hauptversammlung	18
b) Zum Aufsichtsrat	19
c) Unterschiedliche tatsächliche Machtverteilung	21
III. Allgemeine Handlungsmaximen für unternehmerisches Handeln in der AG	22
1. Verfolgen des Unternehmensgegenstands	22
a) Verstoß gegen die Begrenzung des Unternehmensgegenstands	22
b) Heilung des Verstoßes	22
c) Unterschreitung des Unternehmensgegenstand	23
2. Beachtung des Unternehmensinteresses	23
3. Erzielung eines angemessenen Gewinns	24
4. Social Sponsoring	25
5. Eigenverantwortlichkeit und unternehmerisches Ermessen	26
a) Überblick	27
b) Feststellung der tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen	27

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Unternehmerischer Ermessensspielraum	28
d) Beurteilungsspielraum	28
e) Abwägungsbereiche	29
f) Neutralitätspflicht	29
6. Gegenseitige Förderpflicht	29
IV. Besondere Grundsätze für eine ordnungsmäßige Geschäftsführung	29
1. Ordnungsmäßigkeit	30
2. Rechtmäßigkeit	30
a) Grundsatz	30
b) Schmiergeldzahlungen	31
c) Vergleichszahlungen an räuberische Aktionäre	31
d) Rechtsgutachten	31
e) Rechtsfolgen	32
3. Zweckmäßigkeit	32
4. Wirtschaftlichkeit	32
V. Bildung und Arbeit von Ausschüssen	33
1. Allgemeines	33
2. Ausschüsse mit zentraler Bedeutung	34
VI. Das Verhältnis der einzelnen Organmitglieder zueinander	34
1. Gegenseitige Treuepflicht	35
2. Gegenseitige Förderpflicht	36
VII. Organstreitigkeiten	36
1. Allgemeines	36
2. Streitigkeiten zwischen Vorstand und Aufsichtsrat	37
3. Streitigkeiten innerhalb eines Organs	37
4. Streitigkeiten zwischen Organmitgliedern und einem anderen Organ	38
VIII. Kontrolle des Aufsichtsrats durch den Vorstand	38
IX. Rechte des Aktionärs gegenüber dem Vorstand	39
C. Die Leitungsaufgabe des Vorstands	39
I. Leitung und Geschäftsführung	39
II. Originäre Führungsfunktionen	40
1. Unternehmensplanung	40
2. Unternehmenskoordinierung	40
a) Koordinierung der Vorstandstätigkeit	40
b) Koordinierung der dem Vorstand nachgeordneten Führungskräfte	43
3. Unternehmenskontrolle	43
4. Führungsstellenbesetzung	45
5. Konzernbestimmung	45
III. Leitungsentscheidungen	46
1. Personelle Fragen	46
2. Inhaltliche Fragen	47
IV. Wissenserklärungen	47
V. Handelsrechtliche Grund- oder Mindestzuständigkeiten	48
1. Buchführungspflicht	48
2. Pflicht zur Risikoüberwachung und zur Risikovorsorge	48
3. Weitere Mindestzuständigkeiten	49
VI. Laufende Geschäftsführung im eigenständigen Unternehmen (Erledigung des Tagesgeschäfts)	50
VII. Geschäftsführung im Unternehmensverbund	52
VIII. Berichterstattung und Rechenschaftslegung	52
1. Berichts- und Informationspflichten nach dem AktG	53

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Berichts- und Informationspflichten nach dem WpHG und nach dem WpÜG	54
3. Berichts- und Informationspflichten nach anderen Gesetzen	56
D. Die Überwachungsaufgabe des Vorstands	56
I. Laufende Überwachung des Geschehens in der Gesellschaft und im Unternehmensverbund (im Konzern)	57
1. Überwachung von Lage und Entwicklung der Gesellschaft und des Unternehmensverbunds	57
2. Überwachung von operativen Maßnahmen	57
3. Überwachung von Vermögensanlagen	58
4. Überwachung der Administrationsleistung	59
II. Gegenseitige Überwachung der Vorstandsmitglieder	60
E. Die Stellung des einzelnen Vorstandsmitglieds	61
I. Allgemeines	61
II. Mitwirkung an der Leitung des Unternehmens	62
III. Delegation und ihre Grenzen	63
1. Kernbereich der Leitungsentscheidungen	63
2. Zuweisung von Einzelaufgaben an den Gesamtvorstand	64
3. Sorgfalts- und Aufsichtspflicht	64
IV. Leitung eines Ressorts	64
V. Interne Überwachung	65
VI. Diversity im Vorstand	66
1. Allgemeines	66
2. Legitimation des Gesetzgebers	66
3. Legislatorsische Strömungen	66
4. Praktische Hindernisse	67
F. Anlage § 1–1: Deutscher Corporate Governance Kodex (idF vom 24.6.2014)	67
G. Anlage § 1–2: Muster einer Geschäftsordnung für den Vorstand	78
H. Anlage § 1–3: Muster eines Geschäftsverteilungsplans für den Vorstand ..	82
§ 2 Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern	
A. Bestellung von Vorstandsmitgliedern	86
I. Die Bestellungs-vorbereitungen	86
1. Bestellung durch wen? Diskrepanz zwischen Gesetz und Praxis	86
2. Bestellung von innen oder von außen?	87
3. Bestellung von außen	87
a) Eigensuche durch den Aufsichtsrat	87
b) Einschaltung eines Personalberaters	88
4. Vorbereitung des Plenums auf den Bestellungsbeschluss	89
II. Der Bestellungsbeschluss	89
1. Alleinzuständigkeit des Aufsichtsrats	89
2. Beschlussverfahren	90
3. Beschlussinhalt	90
4. Beschlussmehrheit	90
III. Wirksamkeit und Annahme der Bestellung	92
1. Bestellungs-wirksamkeit	92
2. Annahme der Bestellung	92

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Anforderungen an ein Vorstandsmitglied	92
1. Anforderungsprofil für ein Vorstandsmitglied	92
2. Gesetzliche Anforderungen an Vorstandsmitglieder	93
3. Satzungsmäßige Anforderungen an Vorstandsmitglieder	94
V. Anfang, Dauer und Ende der Bestellung	95
1. Anfang der Bestellung	95
2. Dauer der Bestellung	95
3. Ende der Bestellung	96
VI. Wiederbestellung	96
1. Zulässigkeit wiederholter Bestellung	96
2. Probleme der Wiederbestellung	96
3. Form der Wiederbestellung	97
4. Vertragliche Wiederbestellungsrechte	97
5. Aufhebung und vorzeitige Wiederbestellung	97
VII. Die verschiedenen Arten von Vorstandsmitgliedern und Besonderheiten bei ihrer Bestellung	98
1. Vorsitzender des Vorstands	98
2. Stellvertretender Vorsitzender	100
3. Sprecher des Vorstands	101
4. CEO	101
5. Stellvertretendes Vorstandsmitglied	102
6. Arbeitsdirektor	103
7. In den Vorstand entsandtes Aufsichtsratsmitglied	104
8. „Bereichsvorstand“	105
VIII. Fehlerhafte Bestellung und deren Folgen	105
1. Häufigste Ursachen fehlerhafter Bestellung	105
2. Rechtsfolgen fehlerhafter Bestellungen	106
B. Widerruf der Bestellung (Abberufung)	106
I. Die Widerrufsmöglichkeit	106
II. Formale Anforderungen an den Widerrufsbeschluss	107
III. Vorliegen eines „wichtigen Grundes“	108
IV. Typologie der wichtigen Gründe	109
1. Grobe Pflichtverletzung	109
2. Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung	109
3. Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung	109
4. Fehlverhalten	110
5. Ethisches Fehlverhalten	110
6. Notorische Erfolglosigkeit	110
7. Zerstrittenheit im Vorstand	110
8. Verstöße gegen das Wettbewerbsverbot	111
9. Verletzung der Informationspflicht	111
10. Pflichtverletzung bei drohender Insolvenz	111
11. Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht	112
12. Verkleinerung des Vorstands	112
13. „Druck-Abberufung“	112
V. Sofortige Wirksamkeit des Abberufungsbeschlusses	112
C. Suspendierung	113
I. Zuständigkeit und Verfahren	113
II. Suspendierungsgründe	113
III. Wirkungen der Suspendierung	114

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 3 Das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds	
A. Bestellung/Anstellung und Widerruf/Kündigung	116
B. Anstellungsvertrag	118
I. Vertragsabschluss und -inhalt	118
1. Vertragsparteien	118
2. Vertretung der Gesellschaft, Bezugnahme auf die Bestellung	119
3. Aufgaben und Pflichtenkreis des Vorstandsmitglieds	120
4. Vergütung	120
5. Verschwiegenheit	120
6. Arbeitsmittel, Unterlagen und deren Rückgabe	121
7. Dienstwagen und dessen private Nutzung	121
8. Weitere Sachbezüge?	122
9. Urlaub	122
10. Nebentätigkeiten	122
11. Wettbewerbsverbot während der Vertragsdauer	123
12. Wettbewerbsverbot nach Vertragsbeendigung	123
13. Dauer des Vertrages	125
II. Vergütung	126
1. Allgemeines und Rechtsentwicklung	126
a) Grundsätze	126
b) Rechtsentwicklung	126
2. Detailregelungen	127
a) FMStFG	127
b) VorstAG	127
c) DCGK	127
3. Angemessenheit der Gesamtvergütung	127
a) Bezugspunkte	127
b) Kollisionsregel	128
4. Vergütungskomponenten	129
a) Fixum	129
b) Variable Vergütung	129
c) Gewährung von Unternehmensaktien mit Behaltenspflicht	130
d) Ermessenstantiemen	131
e) Sonderzahlungen	131
f) Aktienoptionen	131
g) Nebenleistungen	134
5. Ruhegeld/Pension	134
a) Allgemeines	134
b) Der Tatbestand der Ruhegeldberechtigung	135
c) Gesetzliche und vertragliche Unverfallbarkeit des Ruhegeldanspruchs	135
d) Übergangsgeld zwischen Ausscheiden und Erreichung des Pensionsalters	136
e) Anrechnung anderweitiger Bezüge auf die Pension	136
f) Anknüpfungspunkt für das Ruhegeld	137
g) Hinterbliebenenpensionen für die Witwe und die Waisen	138
h) Wettbewerbsverbote im Ruhegeldvertrag	138
i) Widerruf der Ruhegeldzusage	139
j) Indexierung und gesetzliche turnusmäßige Überprüfung der Höhe der Pensionszusage	140
6. Change of Control-Klausel	140

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 4 Leitung als Vorstandsaufgabe	
A. Der Begriff der Leitung	144
B. Der Inhalt der Leitung	147
I. Einzelne Tätigkeiten	147
1. Gesetzliche Leitungsaufgaben	147
2. Ungeschriebene Leitungsaufgaben	147
II. Organisation	148
C. Maßstäbe für die Ausübung der Leitung	149
I. Leitungsaufgabe des Vorstands als Organ	149
II. Leitung des von der Gesellschaft betriebenen Unternehmens – Handlungsmaximen	149
1. Gesellschaftsinteresse	150
2. Unternehmensinteresse	151
3. Weites Ermessen	152
4. Handlungsanforderungen in Einzelfällen	154
a) Unternehmenserwerbe	154
b) Gesellschaft als Zielgesellschaft	155
c) Börsennotierte Gesellschaften	157
III. Leitungsaufgabe bei verbundenen Unternehmen	158
1. Abhängige Gesellschaft	158
a) Bestehen eines Beherrschungsvertrags	159
b) Fehlen eines Beherrschungsvertrags	159
2. Herrschende Gesellschaft	160
3. Besonderheiten bei Doppelorganschaft	161
§ 5 Geschäftsführung/Geschäftsverteilung	
A. Der Begriff der Geschäftsführung	164
B. Maßstäbe für die Geschäftsführung	166
C. Organisation des Vorstands	167
I. Gleichberechtigung der Vorstandsmitglieder und Gesamtverantwortung	167
1. Gleichberechtigung	167
2. Gesamtverantwortung	168
II. Gesamtleitung	168
1. Pflicht zur Gesamtleitung	168
2. Gültigkeit der Entscheidungen unterbesetzter Vorstände	169
III. Geschäftsverteilung	169
1. Funktionale Organisation	170
2. Divisionale Organisation	170
3. Matrixorganisation	171
4. Management-Holding	172
5. CEO-Modell nach US-amerikanischem Vorbild	172
a) Ausgangspunkt der Diskussion	172
b) Stellung des CEO	172
c) Rechtliche Grenzen einer CEO-Struktur	173
IV. Geschäftsordnung	174
1. Zuständiges Organ	174
2. Pflicht zum Erlass einer vollständigen Geschäftsordnung	174
3. Inhalt der Geschäftsordnung	174

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Form	175
5. Wirkung der Geschäftsordnung und Folgen bei Pflichtverstößen	175
V. Pflicht zur gegenseitigen Überwachung	175
1. Informationsrecht und -pflicht	176
2. Interventionsrecht und -pflicht	176
3. Widerspruchsrecht	176
4. Folgen bei Verstoß gegen die Überwachungspflicht	177
VI. Vorstandsmitglieder	177
1. Einfache Vorstandsmitglieder	177
2. Vorstandsvorsitzender	178
3. Vorstandssprecher	179
4. Arbeitsdirektor	180
5. Stellvertretende Vorstandsmitglieder	181
6. Delegierte Aufsichtsratsmitglieder	182
7. Bereichsvorstand	182
VII. Ehrenvorsitzender der Gesellschaft	183
D. Willensbildung im Vorstand	183
I. Gesamtgeschäftsführung und Einstimmigkeit	183
II. Einzelgeschäftsführung und Durchbrechung des Einstimmigkeitsprinzips	183
III. Beschlussfassung	184
1. Einstimmigkeitsgrundsatz und Mehrheitsentscheidungen	184
2. Formale Anforderungen an die Beschlussfassung im Vorstand	185
§ 6 Vertretung der Gesellschaft	
A. Organschaftliche Vertretungsmacht des Vorstands	190
I. Wesen der organschaftlichen Vertretung	190
II. Grenzen der Vertretungsmacht	190
III. Formen der Aktivvertretung	192
1. Gesamtvertretung	192
2. Unechte Gesamtvertretung	193
3. Einzelvertretung	193
4. Einzelermächtigung	193
IV. Passivvertretung	194
V. Einräumung und Änderung der Vertretungsmacht	194
VI. Handelsregister und Rechtsschein	195
VII. Verhinderung oder Wegfall eines Vorstandsmitglieds	195
B. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht Dritter	196
I. Prokuristen	196
II. Handlungsbevollmächtigte	197
III. Generalbevollmächtigte	197
IV. Besondere Vertreter	198
C. Rechtsfolgen fehlender Vertretungsmacht	198
I. Handeln außerhalb der objektiven Grenzen der Vertretungsmacht	198
II. Handeln außerhalb der subjektiven Grenzen der Vertretungsmacht	199
D. Sonderfälle der Vertretung	199
I. Ausübung von Beteiligungsrechten bei mitbestimmten Unternehmen	199
II. Verbot von Inschlaggeschäften	201
III. Widersprüchliches Verhalten mehrerer zur Vertretung befugter Stellen	202

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Missbrauch der Vertretungsmacht	203
V. Vertretung bei fehlerhafter Bestellung	204
VI. Vertretung der Gesellschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern	204
VII. Vertretung der Gesellschaft vor Gericht	205
VIII. Vertretung der Vor-AG	206
IX. Vertretung der Gesellschaft nach Auflösung	207
 § 7 Organpflichten	
A. Allgemeines	211
B. Sorgfaltspflicht	211
I. Überblick über die Sorgfaltspflicht des Vorstands	211
II. Legalitätspflicht	213
1. Wesentliche Legalitätspflichten nach deutschem Recht	213
2. Unklare oder umstrittene Rechtslage	214
3. Herausforderungen bei der Anwendung ausländischen Rechts	215
4. Keine Ausnahme für „nützliche Pflichtverletzungen“	215
5. Deutscher Corporate Governance Kodex	216
6. Legalitätspflichten aus Satzung und Geschäftsordnung	216
III. Business Judgment Rule	217
C. Organisations- und Überwachungspflicht	220
I. Überwachungspflichten innerhalb des Vorstands	221
II. Überwachung nachgeordneter Organisationsebenen	221
III. Pflicht zur Implementierung eines Systems zur Erkennung bestandsgefährdender Risiken	223
IV. Pflicht zur Implementierung einer Compliance-Organisation	223
V. Überwachung anderer Organe	224
1. Aufsichtsrat	224
2. Hauptversammlung	224
D. Treuepflicht	225
I. Allgemeines	225
II. Besondere Ausprägungen der Treuepflicht	225
1. Loyalereinsatz für die Gesellschaft	225
2. Vermeidung und Offenlegung von Interessenkonflikten	226
3. Ausnutzung der Organstellung/Eigengeschäfte mit der Gesellschaft	226
4. Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	227
5. Verschwiegenheitspflicht	228
a) Geheimnisse der Gesellschaft und vertrauliche Angaben	228
b) Grenzen der Verschwiegenheitspflicht	229
6. Nachvertragliche Treuepflicht	232
7. Treuepflicht im Konzern	232
8. Kreditgewährung an Vorstandsmitglieder	233
E. Kapitalerhaltungspflicht	234
F. Publizitätspflichten	236
I. Anmeldungen zur Eintragung in das Handelsregister	236
II. Anmeldungen und Einreichungen zum Handelsregister	237
III. Bekanntmachungen in den Gesellschaftsblättern	237
IV. Übermittlungen an das Unternehmensregister	238
V. Veröffentlichungen auf der Internetseite	238

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Angaben auf Geschäftsbriefen	239
VII. Beteiligungspublizität	239
1. Andere halten Beteiligungen an der Gesellschaft	239
a) Gesellschaft ist nicht börsennotiert	239
b) Gesellschaft ist börsennotiert	240
2. Gesellschaft hält Beteiligungen	240
3. Rechtsfolgen bei Verstößen	241
a) Verstoß gegen Bekanntmachungspflichten	241
b) Verstoß gegen Mitteilungspflichten	241
4. Pflichten des Vorstands im Hinblick auf Rechte aus Aktien	241
VIII. Ad-Hoc-Publizität	242
IX. Directors' Dealings	242
X. Rechnungslegung und kapitalmarktrechtliche Finanzberichterstattung	244

§ 8 Personal- und Sozialwesen

A. Personalverantwortung im Unternehmen	248
I. Vorbemerkung	248
II. Führung	249
1. Führungsaufgabe der Vorgesetzten	249
2. Weisungs-/Direktionsrecht	249
3. Führungswille	250
4. Führungsfähigkeit	250
5. Fach- und Führungsaufgabe	250
6. Personalführung in Kooperation	251
III. Betreuungsverantwortung	252
1. Führungsgrundsätze	252
2. Mitarbeiterbetreuung	253
3. Unternehmenskultur	253
4. Unternehmensorganisation und Betreuung	254
5. Personalverwaltung	254
B. Aufgaben des Personal- und Sozialwesens	255
I. Verantwortlicher Personalleiter	255
1. Qualifikation des Personalleiters	255
2. Residenzpflicht	256
II. Aufgaben des Personalleiters	256
1. Personalarbeitstellung/Personalstrategie	256
2. Personalentwicklung	256
3. Bedarfsplanung	257
4. Stellenbeschreibung	257
5. Fördersysteme	258
a) Inhalt	259
b) Beurteilungs- und Förderungsgespräche	260
6. Vorgesetztenbeurteilung	260
7. Personalcontrolling	261
III. Außenwirkung des Personalleiters innerhalb des Unternehmens	262
1. Unternehmenszeitung/-magazin	262
2. Kurzinformationen	262
3. Betriebsversammlung	263
4. Betriebsräteversammlung	263
5. Mitarbeiterversammlung	263
6. Tag der offenen Tür	263

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Aufgaben des Personalleiters außerhalb des Unternehmens	263
1. Bundesagentur für Arbeit	264
2. Verbände	264
3. Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	264
4. Berufsgenossenschaften	264
5. Industrie- und Handelskammer	264
6. Sonstige	264
a) Berater	265
b) Versicherungsanstalten	265
c) Krankenkassen	265
d) Schulen	265
e) Hochschulen	265
f) Kommunale Einrichtungen	265
7. Aufgabenerweiterung	265
C. Führungskräfte	266
I. Obere Führungskräfte	266
II. Leitende Angestellte im Betriebsverfassungsrecht	267
D. Mitarbeiter im Unternehmen	269
I. Berufsbildung	269
1. Ausbildung	269
2. Weiterbildung	270
II. Anforderungen des Arbeitsverhältnisses	270
1. Suche und Anwerbung	270
2. Bewerbungsgespräch	271
3. Assessment	271
4. Arbeitseinführung	272
5. Befristung	272
III. Arbeitsverhältnis	272
1. Arbeitsvertrag	272
2. (Nachvertragliches) Wettbewerbsverbot	272
3. Vertragsstrafe	273
4. Formularverträge	273
5. Versetzung	273
IV. Ende des Arbeitsverhältnisses	274
1. Vertrag	274
2. Kündigung	274
a) Allgemeine Grundsätze	274
b) Hauptgruppen	275
c) Außerordentliche Kündigung	277
d) Änderungskündigung	277
e) Altersgrenze	277
3. Zeugnis	277
V. Besonderheiten	277
1. Krankheit	277
a) Kurzerkrankung	277
b) Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)	278
c) Suchtkranke	278
2. Schwerbehinderung	278
VI. Internationale Versetzung	278

Inhaltsverzeichnis

	Seite
E. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat	279
I. Betriebsrat	280
1. Wahlen	280
2. Rechte und Pflichten	281
3. Betriebsversammlungen	283
4. Freigestellte Betriebsräte	283
5. Ausschüsse	283
6. Wirtschaftsausschuss	284
7. Gesamtbetriebsrat	284
8. Betriebsräteversammlung	284
9. Konzernbetriebsrat	284
10. Schwerbehindertenvertretung	285
11. Vertretung der Jugendlichen und Auszubildenden	285
12. Vertrauensleute	285
II. Sprecherausschuss	285
III. Zusammenarbeit	286
1. Zusammenarbeit der Gremien	286
2. Betriebsvereinbarungen	287
a) Mit dem örtlichen Betriebsrat	287
b) Mit dem Gesamt- oder Konzernbetriebsrat	287
3. Einigungsstelle	287
4. Regelungsabreden	288
IV. Europäische Unternehmen	288
1. Europäische Betriebsräte	288
2. Europäisches Arbeits- und Sozialrecht	289
V. Internationale Unternehmen	289
F. Zusammenarbeit mit Verbänden	289
I. Tarifvertragsgesetz	289
II. Verbände	290
1. Arbeitgeberverbände	290
2. Industriegewerkschaften	290
III. Tarife	290
1. Inhalte	290
2. Verhandlungen	291
IV. Arbeitskampf	292
1. Streik	292
2. Warnstreik	292
3. Maßnahmen	292
4. Aussperrung	293
5. Politischer Streik	294
6. Boykott, Sympathiestreik u. ä.	294
G. Mitbestimmung im Unternehmen	294
I. Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer	294
1. Aufsichtsrat	294
2. Arbeitsdirektor	295
II. Beteiligungsrechte der Anteilseigner	296
III. Europäische Aktiengesellschaft – Societas Europaea (SE)	296
H. Gesamtregelungen im Unternehmen	297
I. Arbeitsordnung	297
II. Arbeitszeit	298

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Arbeit Dritter	300
IV. Urlaub	301
V. Vergütung	301
1. Tarifliche/betriebliche Entgeltsysteme	301
2. Zusatzvergütungen	302
3. Reisekostenordnung	303
4. Dienstwagen	304
I. Soziale Vorsorge	304
I. Lebensrisiken	304
II. Altersvorsorge	305
III. Betriebliche Altersversorgung	306
1. Betriebsrentengesetz (BetrAVG)	306
2. Mitbestimmung	307
3. Insolvenzsicherung	308
4. Mobilitäts erleichterung	308
5. Bestandsschutz	308
6. Entgeltumwandlung	309
7. Vorgezogenes Ausscheiden	309
8. Altersteilzeit	309
IV. Betriebskrankenkasse	310
J. Betriebliche Einrichtungen	310
I. Verbesserungsvorschläge	310
II. Gesundheit und Sicherheit	310
III. Familie und Beruf	312
K. Personalarbeit und Umstrukturierungen in Zeiten der Globalisierung	312
I. Unternehmenserwerb durch Wechsel des Anteilshabers (Share Deal)	313
II. Veräußerung von Betrieben und Betriebsteilen (Asset Deal)	313
1. Betriebsübergang	313
2. Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertretungen	314
3. Betriebsratsmandate	315
III. Maßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz	315
1. Folgen für die Arbeitsverhältnisse	315
2. Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen	315
3. Bestandsschutz für die unternehmerische Mitbestimmung	315
L. Schlussbemerkung	316
 § 9 AG in der Krise und Insolvenz	
1. Der Begriff „Krise“	317
2. Krisenursachen und Krisenverlauf	318
3. Frühwarnsysteme	321
a) Verpflichtung zur Einrichtung eines Risikofrühwarnsystems	321
b) Ausgestaltung eines Risikomanagementsystems	323
4. Krisenbewältigung im fortgeschrittenen Stadium	325
a) Leistungswirtschaftliche Sanierung	325
b) Finanzwirtschaftliche Sanierung	330
5. Pflichten des Vorstands als Krisenmanager	332
a) Laufende Beobachtung der wirtschaftlichen Lage	332
b) Verlustanzeige und Einberufung der Hauptversammlung	332
c) Zahlungsverbot	332

Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Kapitalmarktrechtliche Pflichten	333
e) Insolvenzantragsrecht	333
f) Insolvenzantragspflicht	334
g) Vorschusspflicht bei Massearmut	334
6. Die AG in der Insolvenz	335
a) Insolvenzfähigkeit der AG	335
b) Insolvenzantragsgründe	335
7. Sanierung im Rahmen einer Insolvenz	341
a) Rahmenbedingungen einer Insolvenz	341
b) Übertragende Sanierung	342
c) Der Insolvenzplan als Sanierungsinstrument	343
d) Eigenverwaltung	345
e) Schutzschirmverfahren	345
f) Debt-Equity-Swap	346
8. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Konsequenzen	347
a) Ablehnung mangels Masse	347
b) Auswirkungen einer Verfahrenseröffnung auf den Rechtsträger	347
c) Auswirkungen auf die Gesellschaftsorgane	348
d) Auswirkungen der Insolvenzverfahrenseröffnung auf Kapital und Anleihen	351
e) Bedeutung der Verfahrenseröffnung für die Mitteilungspflichten einer AG	352
f) Die Insolvenzmasse	352
9. Die Auswirkungen einer Insolvenz auf den Kapitalmarkt	353
a) Börsennotierte Aktiengesellschaft	353
b) Kapitalmarktorientierte AG	355
c) Zulassung zum Freiverkehr	356
d) Übernahmerecht	356
10. Beendigung des Insolvenzverfahrens	357

§ 10 Rechenschaftslegung

A. Einführung	361
B. Instrumente der Rechenschaftslegung	364
I. Einführung	364
II. Berichterstattung an den Aufsichtsrat	364
III. Buchführung	365
1. Organisations- und Überwachungspflicht	365
a) Dokumentation	365
b) Dokumentation im Konzern	365
c) Organisation und Überwachung	365
2. Ressortmäßige Aufgabenverteilung	366
3. Qualifizierte Vermögensbetreuungspflicht	367
4. Gesamtverantwortung	367
IV. Jahresabschluss/Lagebericht – Konzernabschluss/Konzernlagebericht	367
1. Aufstellungspflicht	367
a) Grundsatz	367
b) Fristen	368
2. Kompetenzzuweisung innerhalb des Vorstands und Kompetenzverlage- rung auf Mitarbeiter	369
a) Zulässigkeit	369
b) Sorgfalts- und Überwachungspflichten des Vorstands	370

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Unternehmensinterne Bilanzierungsregeln	372
d) Vorbehaltsbereich des Vorstands	373
e) Unterzeichnungspflicht des Gesamtvorstands und Gesamtverantwortung	373
3. Darstellung des Abschlusses nach HGB und/oder nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen	376
a) Einzelabschluss	376
b) Konzernabschluss	377
c) Ausübung der Wahlrechte	377
d) Befreiung	377
4. Bilanz, GuV und Anhang	378
5. Lagebericht	378
a) Inhalt	378
b) Aufstellungskompetenz	381
6. Geschäftsbericht	382
7. Abhängigkeitsbericht	383
8. Entwurf und Entwurfsänderungen	383
V. Ablauforganisation („compliance“)	385
VI. Risikomanagement und Controlling	387
1. Zuordnung und Abgrenzungen	387
2. Internes Kontrollsystem (IKS)	388
3. Risikomanagement	388
a) Inhalt	388
b) Risikofrüherkennungssystem	389
c) Risikomanagement im Konzern	390
d) Risikomanagement bei USA-Notierung	391
VII. Corporate Governance	391
1. Corporate Governance als Bestandteil der Rechnungslegung	391
2. Corporate Governance-Berichterstattung	391
3. Entsprechenserklärung	392
C. Adressaten der Rechenschaftslegung	393
I. Bedeutung des Adressatenkreises für die Rechenschaftslegung	393
II. Aufsichtsrat	394
1. Aufsichtsratsberichte	394
2. Jahresabschluss/Konzernabschluss	394
III. Aktionäre und Hauptversammlung	394
1. Jahresabschluss/Konzernabschluss	394
2. Entlastung	395
3. Auskunftspflicht des Vorstands innerhalb und außerhalb der Hauptversammlung	395
4. Verlustanzeige	396
IV. Gläubiger und andere Unternehmensbeteiligte	396
1. Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung	396
2. Offenlegungspflichten	397
a) Allgemeine Offenlegungspflichten	397
b) Besondere Offenlegungspflichten	398
V. Teilnehmer des Kapitalmarkts	399
1. Allgemeines	399
2. Zulassung zum Börsenhandel	400
3. Regelpublizität	400
4. Ad hoc-Publizität	401

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Finanzverwaltung	402
1. Zuständigkeit	402
2. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten	403
a) Mitwirkung	403
b) Auskunft	404
3. Buchführungs- und Aufbewahrungsfristen	405
4. Steuererklärungspflicht	405
5. Straf- und Bußgeldtatbestände	405
6. Steuerliche Gewinnermittlung	406
a) Steuermanagement	406
b) Steuerbilanzpolitik	407
D. Jahresabschluss/Einzelabschluss	408
I. Zweck des Einzelabschlusses	408
II. Grundsätze für die Erstellung des Einzelabschlusses nach HGB	409
1. Gestaltungsmöglichkeiten	409
2. Sachverhaltsgestaltungen	409
a) Jahresabschlussrelevanz	409
b) Beispiele	410
c) Ursachen	410
3. Wahlrechte	410
a) Kategorien	410
b) Ausübung	411
4. Nutzung von Ermessensspielräumen	412
E. Jahresabschluss/Konzernabschluss	412
I. Informationsabschluss nach IAS/IFRS	412
1. Zweck des IAS/IFRS-Abschlusses	412
2. Anwendungsbereich	413
II. Wesentliche Unterschiede zwischen IAS/IFRS- und HGB-Bilanzierung	414
III. Ermessensspielräume und Wahlrechte	415
F. Bestandteile der jährlichen Rechnungslegung	415
I. Rechnungslegung nach HGB	415
1. Einzelabschluss	415
2. Konzernabschluss	416
II. Rechnungslegung nach IAS/IFRS	418
III. Geschäftsbericht	418
G. Prüfung durch externe Prüfer	419
I. Gegenstand der Abschlussprüfung	419
II. Positionierung des Vorstands im Pflichtprüfungsverfahren	420
1. Stellung des Vorstands zum Abschlussprüfer	420
2. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten des Vorstands	421
3. Prüfungsfeststellungen außerhalb des Prüfungsberichts	422
H. Feststellung und Billigung von Jahresabschluss und Konzernabschluss	422
I. Sanktionen	423
I. Überblick	423
1. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	423
2. Bußgeldvorschriften und Zwangsgelder	424
3. Externe Überprüfung	424
4. Aktienrechtliche Instrumente	425
5. Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche	425

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Nichtigkeit des Jahresabschlusses	425
III. Sonderprüfung	427
IV. Enforcement	427
§ 11 Haftung der Vorstandsmitglieder	
A. Arten der Haftung	431
B. Innenhaftung	431
I. Entwicklung der Regelungen zur Innenhaftung	432
II. Steigende Bedeutung der Innenhaftung	433
III. Geltendmachung der Innenhaftung	434
1. Geltendmachung durch den Aufsichtsrat	434
2. Geltendmachung durch die Hauptversammlung	435
3. Geltendmachung durch Aktionäre als Prozessstandschafter	436
4. Ersatzansprüche der Gläubiger der Gesellschaft und Geltendmachung	438
IV. Innenhaftung nach § 93 AktG	438
1. § 93 Abs. 2 AktG im Überblick	439
2. Haftungsadressat	439
3. Pflichtwidrigkeit	439
a) Sorgfaltspflicht	440
b) § 93 Abs. 3 AktG	440
4. Verschulden	443
5. Schaden	444
6. Regressreduzierung	445
7. Darlegungs- und Beweislast	446
8. Wegfall und Undurchsetzbarkeit der Ersatzpflicht	447
a) Keine Ersatzpflicht bei ordnungsgemäßigem Hauptversammlungsbe- schluss	447
b) Verzicht und Vergleich	447
c) Verjährung	448
d) Mehrheit von in Anspruch genommenen Vorstandsmitgliedern	449
V. Weitere Anspruchsgrundlagen neben § 93 AktG und Konkurrenzen	449
C. Außenhaftung	451
I. Ansprüche des Aktionärs	451
1. Aktienrechtliche Ansprüche	451
2. Deliktische Ansprüche	452
II. Ansprüche eines Dritten	452
1. Aktienrechtliche Ansprüche	453
2. Haftung aus culpa in contrahendo	453
3. Deliktische Ansprüche	453
4. Nichtabführen von Arbeitnehmeranteilen zur Sozialversicherung	455
5. Steuerliche Pflichten	455
6. Weitere wichtige spezialgesetzliche Ersatzansprüche	455
III. Haftung wegen unrichtiger Kapitalmarktinformationen	456
1. Entwurf eines Kapitalmarktinformationshaftungsgesetzes (KapInHaG)	456
2. Haftung für Falschinformationen nach Rechtsprechung und Gesetz	456
a) Falschinformationen im Bereich des Primärmarkts	456
b) Falschinformationen im Bereich des Sekundärmarkts	457
3. Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes (KapMuG)	459

Inhaltsverzeichnis

	Seite
D. D&O-Versicherung	460
I. Entwicklung der D&O-Versicherung	461
II. Rechtliche Grundlagen	462
III. Ausgestaltung der Versicherung	462
1. Zeitlicher Umfang des Versicherungsschutzes	462
2. Grenzen des Versicherungsschutzes	463
IV. Zuständigkeit für den Abschluss der Versicherung	463
V. Keine Pflicht zum Abschluss einer Versicherung	464
VI. Selbstbehalt	464
§ 12 Strafrechtliche Haftung von Vorstandsmitgliedern	
A. Das Verhältnis von Strafrecht zu Gesellschaftsrecht und Zivilrecht	468
I. Die gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen und Befugnisse von Vorständen	468
II. Die Akzessorietät des Strafrechts	470
III. Begrenzung der Akzessorietät auf schwerwiegende Pflichtverletzungen	470
B. Grundlagen strafrechtlicher Haftung von Vorständen	471
I. Handeln als Person mit besonderen rechtlichen Pflichten	471
II. Organ- und Vertreterhaftung	472
III. Haftung innerhalb von Unternehmensorganen	473
1. Gremien- und Kollegialentscheidungen	473
2. Kausalitätsnachweis bei Kollegialentscheidungen	474
3. Strafrechtliche Verantwortlichkeit und Ressortzuständigkeit	474
4. Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	475
5. Ende der strafrechtlichen Verantwortlichkeit als Organmitglied	476
IV. Strafrechtliche Verantwortlichkeit für Straftaten von Mitarbeitern	476
V. Strafrechtliche Produkthaftung – Kausalitätsnachweis bei gefährlichen Produkten	478
C. Spezialgesetzliche Strafvorschriften	479
I. Bilanzdelikte, Falschangabedelikte	479
1. Unrichtige Darstellung und Verschleierung von Unternehmensverhältnissen	479
a) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse der Kapitalgesellschaft	480
b) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse des Konzerns	480
c) Offenlegung eines unrichtigen Konzernabschlusses oder Konzernlageberichts	481
d) Unrichtiger „Bilanzeid“	481
e) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse der Gesellschaft	482
2. Unrichtige Angaben gegenüber Prüfern	482
a) Unrichtige Angaben gegenüber Abschlussprüfer	483
b) Falsche Angaben gegenüber Abschlussprüfer	483
3. Strafbewehrte Pflichtverletzungen bei Verlust, Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit (§ 401 AktG)	484
4. Unterlassener Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 15a Abs. 4 InsO)	485
a) Zahlungsunfähigkeit	485
b) Überschuldung	485

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Antragstellung	486
d) Antragsfrist	486
e) Fehlerhafte Antragstellung	486
II. Steuerhinterziehung	487
1. Voraussetzungen des § 370 AO	487
a) Begehungsformen	487
b) Steuerverkürzung	488
c) Vorsatz zur Steuerhinterziehung	488
2. Straffreiheit durch Selbstanzeige nach § 371 AO	488
3. Verhältnis der Berichtigungspflicht nach § 153 AO und der Selbst- anzeige nach § 371 AO	490
III. Delikte zum Schutz des Kapitalmarkts	490
1. Verbot von Insidergeschäften	490
a) Allgemeine Voraussetzungen	491
b) Einzelne Begehungsformen	493
2. Verbot der Marktmanipulation	494
a) Machen unrichtiger kursrelevanter Angaben	495
b) Pflichtwidriges Verschweigen unrichtiger oder irreführender kursre- levanter Angaben	495
c) Sonstige Täuschungshandlungen	497
d) Safe Harbour Regelung	498
3. Kapitalanlagebetrug	498
a) Das Machen unrichtiger Angaben	499
b) Das Verschweigen nachteiliger Tatsachen	499
c) In Prospekten, Darstellungen oder Übersichten über den Vermö- gensstand	499
d) Gegenüber einem größeren Kreis von Personen	499
e) Im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Wertpapieren oder dem Erhöhungsangebot	499
f) Erheblichkeit für die Anlageentscheidung	500
IV. Untreue	500
1. Voraussetzungen	500
a) Vermögensbetreuungspflicht	501
b) Missbrauchs- und Treubruchstatbestand	501
c) Schwerwiegende Pflichtverletzung	501
d) Vermögensnachteil	502
2. Wichtige Leitentscheidungen zur strafbaren Untreue	502
a) Untreue durch Sponsoring	502
b) Untreue durch riskante Kreditvergabe	504
c) GmbH-Untreue	505
d) Konzernuntreue	506
e) Untreue durch die Festsetzung von Vorstandsvergütungen	507
f) Untreue durch „schwarze Kassen“	508
g) Untreue wegen fehlender oder mangelhafter Risikomanagementsys- teme	508
D. Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Haftungsrisiken	509
I. Haftungsrisiken für den Vorstand	509
1. Begehung von Straftaten	509
2. Aufsichtspflichtverletzung	510
II. Haftungsrisiken für das Unternehmen	510
1. Grundsatz individueller Verantwortlichkeit	510

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Unternehmens-/Verbandsgeldbuße	510
3. Verfall nach §§ 73 ff. StGB	511
a) Voraussetzungen	512
b) Neuere Entwicklungen	512
E. Ablauf von Ermittlungs- und Strafverfahren, insbesondere bei Unter- nehmen	513
I. Einleitung von Ermittlungsverfahren	513
II. Ziele des Ermittlungsverfahrens	515
III. Durchführung von Ermittlungen	516
IV. Ermittlungsmöglichkeiten	516
1. Zeugenvernehmungen	516
2. Beschuldigtenvernehmungen	517
3. Durchsuchungen und Beschlagnahmen	518
a) Voraussetzungen	518
b) Verhaltensempfehlungen	519
4. Beauftragung von Sachverständigen	519
V. Abschluss des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft	519
1. Einstellung wegen fehlenden Tatnachweises	520
2. Einstellung trotz fortbestehenden Tatverdachts	520
3. Anklageerhebung	520
VI. Gerichtliches Zwischenverfahren	520
VII. Hauptverhandlung in Strafsachen	521
VIII. Verständigungen im Strafverfahren	521
IX. Sanktionsmöglichkeiten von Staatsanwaltschaft und Gericht	522
 § 13 Compliance als Vorstandsaufgabe	
A. Bedeutungsgehalt des Begriffs „Compliance“	525
B. Compliance als Leitungsaufgabe des Vorstands	526
I. Sonderregelungen als Grundlage der Compliance-Pflicht?	527
1. § 91 Abs. 2 AktG	527
2. Vorgaben des DCGK	527
II. Compliance-Pflicht als Ausfluss der Leitungsverantwortung des Vorstands	527
1. Die Legalitätspflicht des Vorstands	528
a) Pflicht des Vorstands zur Einhaltung des Organisationsrechts der AG	528
b) Interne und externe Legalitätspflicht des Vorstands	528
c) Zulässigkeit nützlicher Pflichtverletzungen?	529
2. Pflicht zur Überwachung der Unternehmensorganisation	530
a) Vertikale Überwachung	530
b) Horizontale Überwachung	531
3. Compliance-Zuständigkeit des Vorstands als Gesamtorgan	531
4. Compliance-Pflichten im Konzern	531
C. Generelle Pflicht zum Aufbau eines Compliance-Systems?	532
I. Spezialgesetzliche Regelungen	532
II. Risikoanalyse und unternehmerisches Ermessen beim Aufbau eines Compliance-Systems	533
1. Compliance-System und Business Judgement Rule	533
2. Risikoanalyse als Grundlage der Ermessensausübung	533
a) Ermittlung des spezifischen Risikos	533
b) Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeit	534
c) Kosten-Nutzen-Analyse	534

Inhaltsverzeichnis

	Seite
D. Rechtliche Anforderungen an ein Compliance-System	534
I. Unternehmerisches Ermessen bei der Ausgestaltung eines Compliance-Systems	535
II. Vorgaben des IDW-Standard PS 980	535
E. Vier Stufen effizienter Compliance-Organisationen	536
I. Compliance-Kommunikation („tone from the top“)	536
II. Maßnahmen, um Rechtsverstößen vorzubeugen („prevent“)	537
1. Pflichtdelegation auf Compliance-Vorstand und Compliance-Officer	537
a) Möglicher Umfang der Delegation	537
b) Rechtsposition des Compliance-Officers	538
2. Compliance-Richtlinien („Code of Conduct“)	538
a) Leitlinien bei der Einführung von Compliance-Richtlinien	539
b) Beachtung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	539
3. Unterrichtung und Schulung der Belegschaft	539
4. Die wichtigsten Compliance-Bereiche	540
a) Arbeitsrecht	540
b) Außenwirtschaftsrecht und Exportkontrolle	542
c) Verhaltensregeln im Geschäftsverkehr	543
d) Geldwäsche	543
e) Kartellrecht	543
f) Produktsicherheit und -haftung	544
g) Krise und Insolvenz	545
h) Wirtschaftsstraftaten (Korruption, Insiderhandel)	546
i) Steuerrecht	547
j) Umweltrecht	548
5. Compliance-Pflichten des ausländischen Rechts	548
III. Maßnahmen zur Aufdeckung von Regelverstößen („detect“)	549
1. Meldesystem bei Verstößen	549
a) Whistleblowing-Hotline	549
b) Einrichtung einer Beschwerdestelle	550
2. Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Compliance-Organisation („Compliance Audits“)	551
IV. Reaktion auf Verstöße („react“)	552
1. Aufklärung der Verstöße und Internal Investigations	552
2. Mitarbeiterbefragungen und Amnestieprogramme	553
3. Pflicht zur Sanktionierung von Verstößen	554
F. Haftung der Vorstandsmitglieder für mangelhafte Compliance	555
I. Strafrechtliche Haftung	555
II. Zivilrechtliche Haftung	555
1. Pflichtverletzung des Vorstands	556
2. Beweislast	556
3. Schuldhaftes Handeln des Vorstands	556
4. Kausalität der Pflichtverletzung für den Schaden	557
5. Offene Fragen	557
III. Ordnungswidrigkeitenrechtliche Haftung	557
G. Zusammenfassung	558
§ 14 Verbundene Unternehmen	
A. System der Unternehmensverbindungen	562
I. Einheitsgesellschaft versus Konzern	563

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Begriffsbestimmungen	564
1. Mehrheitsbeteiligungen	564
2. Abhängige und herrschende Unternehmen	565
3. Konzernunternehmen	565
4. Wechselseitig beteiligte Unternehmen	566
5. Vertragsteile eines Unternehmensvertrags	566
B. Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	567
I. Allgemeines	567
II. Vertragsabschluss	568
III. Inhalt des Vertrags	569
1. Zwingender Inhalt	569
2. Weiterer zulässiger Vertragsinhalt	570
3. Angemessener Ausgleich	571
a) Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	571
b) Alleiniger Beherrschungsvertrag	575
c) Alleiniger Gewinnabführungsvertrag	576
4. Gerichtliche Bestimmung von Ausgleich oder Abfindung	576
IV. Unternehmensführung im Vertragskonzern	577
1. Leitungsmacht	577
a) Gesetzliche Regelung	577
b) Konzernleitungspflicht	580
2. Konzernorganisation und -führung	580
a) Personalpolitik und -entscheidungen	581
b) Planung/Controlling	583
c) Konzernweites Cash-Management	584
d) Jahresabschluss	585
e) Risikomanagement	586
f) Zustimmungspflichtige Geschäfte	587
3. Haftung	589
V. Beendigung des Vertrags/Gläubigerschutz	590
C. Faktischer Konzern	591
I. Zulässigkeit	591
II. Unternehmensführung im faktischen Konzern	592
1. Leitungsmacht oder -ohnmacht?	592
2. Schranken des Einflusses	593
3. Konzernorganisation und -führung	596
a) Information im Konzern	596
b) Personalpolitik und -entscheidungen	597
c) Konzernkoordinierung	598
d) Konzernweites Cash-Management	600
e) Jahresabschluss	601
f) Risikomanagement	601
g) Zustimmungspflichtige Geschäfte	601
4. Haftung	603
5. Abhängigkeitsbericht	604
a) Begriffsbestimmung	604
b) Rechtsgeschäfte und Maßnahmen	604
c) Einzelangaben	605
d) Schlusserklärung	605
e) Prüfung Abschlussprüfer	606

Inhaltsverzeichnis

	Seite
f) Prüfung Aufsichtsrat	606
g) Haftung	607
D. Sonstige Unternehmensverbindungen	607
I. Eingegliederte Gesellschaft	608
1. Bedeutung	608
2. Verfahren	609
a) 100%-ige Tochtergesellschaft	609
b) Mindestens 95%-ige Tochtergesellschaft	609
3. Gläubigerschutz	610
a) Sicherheitsleistung	610
b) Haftung der Hauptgesellschaft	611
II. Gleichordnungskonzern	611
1. Begriffsbestimmung	611
2. Vertraglicher Gleichordnungskonzern	612
3. Faktischer Gleichordnungskonzern	614
4. Haftung	614
III. Wechselseitig beteiligte Unternehmen	615
1. Begriffsbestimmung	615
2. Rechtsfolgen	615
a) Einfache wechselseitige Beteiligung	615
b) Einseitig qualifizierte wechselseitige Beteiligung	616
c) Beidseitig qualifizierte wechselseitige Beteiligung	616
IV. Andere Unternehmensverträge	617
1. Gewinngemeinschaft	617
2. Teilgewinnabführungsvertrag	617
3. Betriebspacht und Betriebsüberlassung	618
4. Betriebsführungsvertrag	619
E. Veränderungen im Beteiligungsbesitz	619
I. Entscheidungsvoraussetzungen und -notwendigkeiten	620
1. Grenzen der Geschäftstätigkeit	620
2. Beschlussfassung der Hauptversammlung	620
3. Abwehr- und Beseitigungsanspruch	621
II. Mitteilungspflichten	622
1. Nicht börsennotierte Gesellschaften	622
2. Börsennotierte Gesellschaften	622
III. Ausschluss von Minderheitsaktionären	623
1. Allgemeines	623
2. Barabfindung	624
3. Hauptversammlung	625
4. Prozessuale Aktionärsrechte	626
a) Gerichtliche Nachprüfung der Abfindung	626
b) Anfechtungsklage	626
§ 15 Geschäftsführung in der SE	
A. Grundlagen	631
I. Besonderheiten der SE	631
II. Vorteile einer SE	632
B. Vorbemerkung zur Führungsstruktur	632
C. Dualistische Führung	633

Inhaltsverzeichnis

	Seite
D. Monistische Führung	634
I. Anzahl/Bestellung/Zusammensetzung des Verwaltungsrats	635
1. Größe des Verwaltungsrats	635
2. Stellvertretung/Ersatzmitgliedschaft	636
3. Bestelldauer	636
4. Gesetzliche Vorgaben	636
5. Statusverfahren	637
6. Auswirkungen der Mitbestimmung auf die Besetzung des Verwaltungsrats	638
7. Entsendungsrechte	639
8. Fehlerhafte Bestellung	639
9. Persönliche Voraussetzungen	640
II. Abberufung	641
III. Innere Ordnung des Verwaltungsrats	642
IV. Beschlussfassung im Verwaltungsrat	643
V. Einberufung der Sitzungen	643
VI. Vergütung	644
VII. Geschäftsführende Direktoren	645
1. Bestellung	645
2. Abberufung	646
3. Vertretungsbefugnis	646
4. Geschäftsauftritt/Briefkopf	647
5. Geschäftsordnung für die Geschäftsführung	647
VIII. Höchstdauer	648
IX. Aufgaben der Geschäftsführung/Abgrenzung zum Verwaltungsrat	648
X. Überwachungspflicht des Verwaltungsrats	649
XI. Sorgfaltsmaßstab/Haftung/Business Judgement Rule	650
XII. Treuepflicht	651
XIII. D&O-Versicherung	652
XIV. Aufgaben der Leitung durch den Verwaltungsrat/Abgrenzung Tagesgeschäft	653
XV. Spezielle Rechte und Pflichten des Verwaltungsrats	655
1. Einberufung der Hauptversammlung	656
2. Einsichts- und Prüfungsrecht	657
3. Insolvenzbezogene Pflichten	658
4. Generalverweisung des § 22 Abs. 6 SEAG	658
5. Vorrang spezieller Kompetenznormen	658
Autorenverzeichnis	661
Sachverzeichnis	665

beck-shop.de